

Newsticker

Junghanns fordert kartellrechtliche Prüfung des Strommarktes

Potsdam (dpa/bb) - Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) hat eine unabhängige kartellrechtliche Prüfung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt gefordert. Anlass sind die für das kommende Jahr angekündigten Preiserhöhungen des E.ON-Konzerns. Er setze sich für eine konzertierte Aktion aller deutschen Landeskartellbehörden gemeinsam mit dem Bundeskartellamt ein, sagte Junghanns am Dienstag laut einer Mitteilung seines Ministeriums. Den Verbrauchern riet er, Strompreise zu vergleichen und zu günstigeren Anbietern zu wechseln. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen forderte mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

erschienen am 16.10.2007 um 16:49 Uhr

© Welt

Anzeige



BISH. Ø RENDITE 24% P.A.

(lt. Nerb '07) mit Land Banking. Kurzfristige Sachwert-Anlage.
Profitieren Sie von 17 J KnowHow

[» Mehr Informationen](#)

- [Die Leistung des Intel® Xeon® Quadcore Prozessors vermeidet Stress. Mehr erfahren Sie hier >>](#)
- [Schwäbisch Hall drückt den Bauspardarlehenszins auf winzige 1,95 %¹! Mehr Informationen hier](#)
- [Unfall, Hausrat, Glas, Privathaftpflicht und Verkehrsrechtsschutz in einem Paket für 19,99€.](#)
- [Die American Express Gold Card: 70,- € sparen & zwei edle Flaschen Rotwein sichern !](#)



Politiker zeigen kein Verständnis für höhere Strompreise - Junghanns dringt auf mehr Wettbewerb

Scharfe Kritik an E.ON



Scharfe Kritik an E.ON ©ddp

16.10.2007 17:47:41 - Die vom Energiekonzern E.ON angekündigten kräftigen

Preiserhöhungen für Strom und Gas stoßen auf scharfe Kritik.

Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) sprach sich für kartellrechtliche Prüfungen aus. Aus seiner Sicht funktioniert der Wettbewerb noch nicht. Die Verbraucher müssten die Preise vergleichen und die Anbieter wechseln.

Potsdam (ddp-lbg). Die vom Energiekonzern E.ON angekündigten kräftigen Preiserhöhungen für Strom und Gas stoßen auf scharfe Kritik. Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) sprach sich für kartellrechtliche Prüfungen aus. Aus seiner Sicht funktioniert der Wettbewerb noch nicht. Die Verbraucher müssten die Preise vergleichen und die Anbieter wechseln. Auch

nach Auffassung von Wohnungsverbänden und Parteien kann nur mehr Wettbewerb weitere Preissteigerungen verhindern.

E.ON hatte am Montag angekündigt, zum 1. Januar 2008 die Preise für Strom und Gas zu erhöhen. Der Strompreis wird demnach um 8,8 Prozent steigen, beim Gaspreis gibt es eine Erhöhung um bis zu 7,8 Prozent. Der Konzern begründete das mit höheren Beschaffungskosten.

Junghanns betonte, er habe kein Verständnis für das Vorgehen des Konzerns. Es wies Äußerungen von E.ON-Chef Wulf Bernotat zurück, wonach Strom in Deutschland «eigentlich zu billig» sei. Das Verhalten des Konzerns zeige deutlich, dass der Markt immer noch nicht funktioniere. Deshalb müsse endlich der Wettbewerb in Gang gebracht werden.

Der Minister betonte: «Der Kunde ist die stärkste Kraft.» Er könne nur an alle Bürger appellieren, Druck zu machen. Sie sollten die Preise vergleichen und wechseln. Erst dann werde sich der Markt bewegen. Das habe die Telekommunikationsbranche gezeigt. Ein Wechsel im Strombereich sei heute ebenso einfach und risikolos wie der Wechsel des Telefonanbieters.

Unabhängig davon muss aus Sicht von Junghanns kartellrechtlich geprüft werden, ob die Voraussetzungen für den Wettbewerb stimmen. Weil es keinen regionalen Markt mehr gebe, sei das ein deutschlandweites Thema. Deshalb setze er sich für eine «konzertierte Aktion» aller Landeskartellbehörden gemeinsam mit dem Bundeskartellamt ein.

Der Minister plädierte zudem für eine Debatte über die «staatlich motivierte Belastung der Energiepreise». Rund 40 Prozent des Strompreises fließen in Steuern und Abgaben. Die frühere rot-grüne Bundesregierung habe die Einführung der Stromsteuer 1999 damit begründet, dass Energie knapp und die Preise dafür zu niedrig seien. Das sähen die Kunden heute ganz anders. Es sei eine geringere Belastung der Energiepreise nötig.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Kralinski sagte, E.ON spüre noch keinen Wettbewerb. Die Verbraucher müssten stärker auf ihre Marktmacht setzen und sich nach Alternativen umsehen. Bisher wechselten pro Jahr nur zwei Prozent der Kleinverbraucher, aber zehn Prozent der Unternehmen ihren Stromanbieter. Die energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Barbara Hackenschmidt, sprach sich für Prüfungen der Preiserhöhungen durch die Kartellbehörden aus. Aus Sicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der Linksfraktion, Ralf Christoffers, muss die «Lizenz zur Geldeinnahme für Energiekonzerne» abgeschafft werden. Der Politiker sprach sich für eine Entkopplung von Öl- und Gaspreisen aus. Zudem sollte die Trennung von Netz und Betreiber für einen wirklichen Wettbewerb genutzt werden.

Auch Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), verlangte mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Wohnungsunternehmen und Verbraucher investierten, um die Energiekosten zu senken. Die Energielieferanten verdienten damit an den Sparbemühungen der Verbraucher.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm plädierte für einen Umstieg auf Ökostromanbieter. So könnten die Verbraucher ihre Handlungsmacht nutzen und gleichzeitig die Umwelt schützen.

(ddp)

Press release: www.pr-inside.com

Kontaktinformation: [e-mail](#)

Erklärung: Das Copyright für sämtliche Nachrichten und Bilder, die mit ddp gekennzeichnet sind und auf PR-inside.com publiziert werden, obliegt der Nachrichtenagentur ddp Deutscher Depeschendienst GmbH. Wenn Sie Fragen zu den veröffentlichten Meldungen haben, kontaktieren Sie bitte ddp.

Druckversion:

Scharfe Kritik an E.ON

vom 16. Oktober 2007 auf www.markenpost.de

Scharfe Kritik an E.ON

Die vom Energiekonzern E.ON angekündigten kräftigen Preiserhöhungen für Strom und Gas stoßen auf scharfe Kritik. Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) sprach sich für kartellrechtliche Prüfungen aus. Aus seiner Sicht funktioniert der Wettbewerb noch nicht. Die Verbraucher müssten die Preise vergleichen und die Anbieter wechseln.

Die vom Energiekonzern E.ON angekündigten kräftigen Preiserhöhungen für Strom und Gas stoßen auf scharfe Kritik. Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) sprach sich für kartellrechtliche Prüfungen aus. Aus seiner Sicht funktioniert der Wettbewerb noch nicht. Die Verbraucher müssten die Preise vergleichen und die Anbieter wechseln. Auch nach Auffassung von Wohnungsverbänden und Parteien kann nur mehr Wettbewerb weitere Preissteigerungen verhindern.

E.ON hatte am Montag angekündigt, zum 1. Januar 2008 die Preise für Strom und Gas zu erhöhen. Der Strompreis wird demnach um 8,8 Prozent steigen, beim Gaspreis gibt es eine Erhöhung um bis zu 7,8 Prozent. Der Konzern begründete das mit höheren Beschaffungskosten.

Junghanns betonte, er habe kein Verständnis für das Vorgehen des Konzerns. Es wies Äußerungen von E.ON-Chef Wulf Bernotat zurück, wonach Strom in Deutschland «eigentlich zu billig» sei. Das Verhalten des Konzerns zeige deutlich, dass der Markt immer noch nicht funktioniere. Deshalb müsse endlich der Wettbewerb in Gang gebracht werden.

Der Minister betonte: «Der Kunde ist die stärkste Kraft.» Er könne nur an alle Bürger appellieren, Druck zu machen. Sie sollten die Preise vergleichen und wechseln. Erst dann werde sich der Markt bewegen. Das habe die Telekommunikationsbranche gezeigt. Ein Wechsel im Strombereich sei heute ebenso einfach und risikolos wie der Wechsel des Telefonanbieters.

Unabhängig davon muss aus Sicht von Junghanns kartellrechtlich geprüft werden, ob die Voraussetzungen für den Wettbewerb stimmen. Weil es keinen regionalen Markt mehr gebe, sei das ein deutschlandweites Thema. Deshalb setze er sich für eine «konzertierte Aktion» aller Landeskartellbehörden gemeinsam mit dem Bundeskartellamt ein.

Der Minister plädierte zudem für eine Debatte über die «staatlich motivierte Belastung der Energiepreise». Rund 40 Prozent des Strompreises flössen in Steuern und Abgaben. Die frühere rot-grüne Bundesregierung habe die Einführung der Stromsteuer 1999 damit begründet, dass Energie knapp und die Preise dafür zu niedrig seien. Das sähen die Kunden heute ganz anders. Es sei eine geringere Belastung der Energiepreise nötig.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Kralinski sagte, E.ON spüre noch keinen Wettbewerb. Die Verbraucher müssten stärker auf ihre Marktmacht setzen und sich nach Alternativen umsehen. Bisher wechselten pro Jahr nur zwei Prozent der Kleinverbraucher, aber zehn Prozent der Unternehmen ihren Stromanbieter. Die energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Barbara Hackenschmidt, sprach sich für Prüfungen der Preiserhöhungen durch die Kartellbehörden aus.

Aus Sicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der Linksfraktion, Ralf Christoffers, muss die «Lizenz zur Geldeinnahme für Energiekonzerne» abgeschafft werden. Der Politiker sprach sich für eine Entkopplung von Öl- und Gaspreisen aus. Zudem sollte die Trennung von Netz und Betreiber für einen wirklichen Wettbewerb genutzt werden.

Auch Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), verlangte mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Wohnungsunternehmen und Verbraucher investierten, um die Energiekosten zu senken. Die Energielieferanten verdienten damit an den Sparbemühungen der Verbraucher.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm plädierte für einen Umstieg auf Ökostromanbieter. So könnten die Verbraucher ihre Handlungsmacht nutzen und gleichzeitig die Umwelt schützen.

(ddp)

Internet: